



DÉLÉGATION SUISSE
PRÈS
L'ORGANISATION DE COOPÉRATION ET
DE DÉVELOPPEMENT ÉCONOMIQUES
C/UN - TH/CH

75007 PARIS, le 17. September 1990
28, Rue de Martignac
Tél.: (1) 45.50.34.46
Téléfax (1) 45.51.01.49

1. Dank an T.
2. Verteilung (via F+P):
Bawé
PAI
Bols de l'hu legs
Kerü

Herrn Direktor F.R. Staehelin
EDA / DEH

3003 B e r n

Ihre Unterredungen an der
LLDC-Konferenz, Paris

ap ruden 1) 2) 3) *form*

an	STRGI	BSZ	HAR	CP	TT	5/2
Datum	1990	5.10	9.11	6.11		
Von	PAI	PAI	CP	TT	TT	
EDA	18.08.90			17		
Ref.	<u>4.818-39</u>					

Herr Direktor,

Sie erhalten beiliegend die Notizen über Ihre vier Gespräche mit afrikanischen Ministern am Rande der eben beendeten LLDC-Konferenz in Paris. Für allfällige Ungenauigkeiten, die namentlich auf die nicht eben hervorragenden akustischen Verhältnisse bei den Gesprächen zurückzuführen wären, bitte ich Sie um Ihr Verständnis. Die möglicherweise angezeigte Weiterverteilung einzelner Notizen überlasse ich der Sektion Forschung und Politik, die Kopien davon erhält.

Ich versichere Sie, Herr Direktor, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Delegationschef :

i.A.

(A. Thalmann)

Beilagen : Notiz v. 12.9.90 Benin
Notiz v. 14.9.90 Mozambique
Notiz v. 14.9.90 Rwanda
Notiz v. 17.9.90 Kapverden

C/UN - TH/CH

Paris, den 17. September 1990

LLDC-Konferenz, Paris

Unterredung von Direktor F.R. Staehelin
mit dem Planungs- und Entwicklungsminister
der KAPVERDEN, José Brito (B.), am 6. September 1990

B. drückte einleitend seine Erwartung aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der kapverdischen Verwaltung und dem schweizerischen Koordinationsbüro, die bisher auf beiden Seiten nicht voll befriedigte, in Zukunft besser spiele. Die Mission Mottier habe eine gewisse Klärung der Verhältnisse gebracht und der neue schweizerische Koordinator sei gut. Das Koordinationsbüro spiele eine wichtige Rolle, um in der kapverdischen Verwaltung den leider nicht immer ausreichenden Projektabwicklungsdruck zu erzeugen.

Direktor Staehelin lenkte das Gespräch in der Folge auf Ziel und Philosophie der kapverdischen Entwicklungsanstrengungen, namentlich hinsichtlich der Demokratisierung und der Menschenrechte. B. definierte Demokratie im Kontext seines Landes als "Partizipation" der Bevölkerung, die noch nicht vollkommen erreicht worden sei und mit zunehmender Bildung der Bevölkerung nach neuen Ausdruckformen rufe. Die Zulassung von mehreren Parteien seit Februar dieses Jahres sei in diesem Sinne zu verstehen. Bei einer sehr kleinen Bevölkerung von 370'000 Menschen sei die Garantierung der Meinungsvielfalt organisatorisch nicht immer einfach. So reiche z.B. die Leserschaft nicht für viele Zeitungen aus : Es gebe zur Zeit 3, nämlich eine der Regierung, eine der Opposition und eine kirchlich-oppositionelle. Radio und Fernsehen seien exklusiv staatlich. Im übrigen sei aber vieles im Fluss.

B. legte Wert auf die Leistung seines Landes, den Uebergang zur Demokratie ohne institutionellen Bruch vollzogen zu haben. Dies sei ohne Zwang erfolgt, da es im Lande bisher keine starke Opposition gegeben und im Volk ein guter Konsens bestanden habe. B. betonte, dass sich die Kapverden auch vorher schon als Rechtsstaat betrachtet hätten [verstanden als Regierung nach selbst gesetzten Regeln]. Wenn auch seine Ausführungen noch von einiger Unsicherheit

über das Wesen der Demokratie zeugten, so sagte er doch klar, dass seine Regierung die - zwar nicht als wahrscheinlich betrachtete - Möglichkeit einer Machtablösung durch eine demokratische Opposition akzeptiere.

Schliesslich kam man noch auf die Beziehungen zu Südafrika zu sprechen, für welches die Kapverden früher traditionell als Transitland dienten. B. betonte, dass man die UNO-Sanktionen voll mitgetragen habe, aber jetzt in der OAU für die Aufhebung derselben werbe.



(A. Thalmann)

C/UN - TH/CH

Paris, den 14. September 1990

LLDC-Konferenz, Paris

Unterredung von Direktor F.R. Staehelin
mit dem Planungsminister von RWANDA,
Augustin NGIRABATWARE, am 6. September 1990

Ngirabatware (N.) hat 11 Jahre in der Schweiz gelebt, wo er an der Universität Freiburg zuerst studiert und dann als Assistent gearbeitet hat. Er wird, so meinte er lachend, von seinem eigenen Staatschef als der ideale "bailleur de fonds" für einen schweizerischen Beitrag an das entstehende Strukturanpassungsprogramm (SAP) für Rwanda betrachtet. Er meldete gleich zu Beginn der Unterredung sein besonderes Interesse für das schweizerische STABEX-System an.

Direktor Staehelin kam anschliessend auf die kürzliche Mission von Ex-Nationalbank-Präsident Languetin zu sprechen, mit dem er sich über die Ergebnisse hat unterhalten können. Der Lagebericht Languetins soll der Regierung Rwandas als Grundlage für die laufenden Verhandlungen mit den Bretton Woods Instituten über das SAP und für dessen Durchführung dienen.

N. schilderte anschliessend die Probleme Rwandas bei der namentlich wegen des massiven Kaffeepreiszerfalls und der Notwendigkeit neuer bilateraler Hilfe unumgänglich gewordenen Ueberführung des seit 1987 laufenden autonomen SAP in ein formelles mit den Bretton Woods Instituten. Die Vernehmlassung des SAP bei der Basis hätte die sozial bedingte Notwendigkeit gewisser Anpassungen ergeben. IMF und Weltbank hätten aber mit diesen Abweichungen vom "Standardprogramm" mehr Mühe bekundet als - offenbar- Herr Languetin und darauf insistiert, dass zuerst die monetären Anpassungen vollzogen, Massnahmen zur Exportdiversifizierung getroffen werden müssten usw. Rwanda habe inzwischen verschiedene gesetzgeberische Massnahmen zur Befriedigung von IMF und Weltbank getroffen und brauche nun Hilfe zur Finanzierung seines "sozialen Abfederungsprogramms" zum SAP. Man gedenke, u.a. die Schweiz, die BRD und die EG anzugehen und werde noch vor Ende Jahr entsprechende Demarchen unternehmen.

Der eigentliche Finanzbedarf werde noch errechnet, dürfte sich aber auf etwa Dollars 85 ^{Mia.} p.a. (min.) belaufen und sollte Rwanda in Geschenkform zufließen. N. wies abschliessend auf die grosse Dringlichkeit dieser Hilfe hin, da die Weltbank jeweils frühestens 6 Monate nach Einigung auf ein SAP zu zahlen beginne, die möglichen IMF-Quellen für Nothilfe beschränkt seien und die nötige Abwertung nur mit erheblichen zusätzlichen Mitteln verkraftbar sei.

Direktor Staehelin und Herr Giovannini zeigten für die sozialen Kosten des Anpassungsprozesses Verständnis und ermunterten N. zur Präsentierung der Bedürfnisse Rwandas. Sie verwiesen aber auf das bereits sehr starke Engagement der schweizerischen ODA-Mittel für 1990/91 und die Tatsache, dass es angesichts des 15-20 %-igen "overprogramming" der schweizerischen Entwicklungshilfe keine nicht ausgegebenen Gelder gebe, auf die man als "Reserve" zurückgreifen könne.



(A. Thalmann)

C/UN - TH/CH

Paris, den 14. September 1990

LLDC-Konferenz, Paris

Unterredung von Direktor F.R. Staehelin
mit dem Entwicklungsminister von MOZAMBIQUE,
Jacinto Soares Veloso, am 6. September 1990

1. Ueberblick

Direktor Staehelin offerierte dem (weissen) Minister von Mozambique und zwei Mitarbeitern, den Herren T.J. Sales (Ständige Vertretung bei der UNO in New York) und Taquidir A.I. Bacar (Entwicklungsministerium, Maputo) ein Mittagessen. Schweizerischerseits anwesend waren ausserdem Herr Vizedirektor J.F. Giovannini und der Berichterstatter. Das Gespräch fand im unmittelbaren Vorfeld des Besuchs von Präsident Chissano in Bern statt. Es ging darum, bereits etwas über die möglichen Hilfsanliegen Mozambiques zu erfahren. Herr Veloso betonte jedoch mehrmals (fast etwas resigniert), dass er an den Besuchsvorbereitungen nicht beteiligt gewesen sei. Die folgende Diskussion am Mittagstisch hatte dementsprechend etwas Mühe, thematisch ins Schwarze zu treffen. Veloso konnte aber überzeugend versichern, dass der Präsident die schweizerische Hilfe wegen ihres kooperativ-partizipativen Charakters (nicht aufgeschwätzt) besonders schätze.

2. Einzelaspekte

a) Veloso rückte bei seiner Schilderung der über die reine humanitäre Hilfe hinausgehenden Befriedungs- und Wiederaufbauprobleme die folgenden Bedürfnisse ins Zentrum :

- in Sachen Infrastruktur : Elektrizität, Bewässerung, Strassenreparatur, Aufbau eines Netzes von Kleinläden u.a.
- in Sachen Wiedereingliederung der kriegsversehrten Bevölkerungsteile : Ausbildung - vor allem in der Landwirtschaft - sowie allg.

- 2 -

rehabilitierende Sozialarbeit für Demobilisierte, namentlich traumatisierte und verrohte Jugendliche.

b) Direktor Staehelin betonte in seinen Ausführungen die folgenden Punkte :

- Vorteile von Hilfeleistungen mit arbeitsbeschaffendem und arbeitsintensivem Charakter, ohne grosse neue Bürokratien aber mit straffem Management (Vorbild Bolivien)
- Auswahl von Projekten mit möglichst hohem Anteil von lokalen Mitteln
- Notwendigkeit von gezielten vertrauensbildenden Massnahmen zur Bewegung von emigrierten Managementkräften zur Rückkehr ins eigene Land (z.B. Landwirtschaftsexperten aus Zimbabwe).

c) Flüchtlingsproblem : Veloso anerkannte die Gefahr, dass viele Flüchtlinge in Anbetracht der schwierigen Rückkehraussichten sich lieber in Malawi vom HCR verpflegen lassen, als nach Hause zurückzuziehen. Es sind deren ca. 1 Mio., die an sich rückkehrwillig wären.

d) Energieprobleme

Diese beschäftigen offenbar die Regierung ganz besonders, da Veloso mehrmals darauf zurückkam. Veloso wies vor allem auf folgendes hin :

- Die Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraft wäre mit entsprechender Kapazitätssteigerung (Staudamm) leicht zu verzehnfachen. Geschieht in dieser Richtung nichts, dann wird weiter abgeholzt....
- Die Verbindungen innerhalb des Landes, die wegen des ungenügenden Strassennetzes stark luftorientiert sind, leiden unter den Flugpreisstegierungen im Gefolge der Ölkrise [wobei höhere Flugpreise wiederum für die Förderung des Strassenverkehrs nützlich sein könnten...]. Verschärft wird das Treibstoffproblem durch den Ausfall der bisherigen sowjetischen Öllieferungen auf Kredit.
- Die Energieknappheit ist auch eine wichtige Ursache der Verstädterung, weil die Versorgung auf dem Lande weniger gut ist und die Verbindungen zur Kapitale ebenfalls unter der Knappheit leiden.

- Zur Kohleförderung : Ein Koksexport grösseren Ausmasses, vor allem nach Brasilien (das jetzt selbst - auf Kredit - nach Mozambique exportiert) wäre möglich, setzte aber sehr grosse Investitionen voraus. Dazu sei es aber - trotz gewissen japanischen Interessensbekundungen (Mitsubishi) - noch nicht gekommen, wohl weil die Rentabilitätsschwelle in einem unsicheren Umfeld noch zu hoch liege.

A. Steinhilber

C/UN - TH/CH

Paris, den 12. September 1990

LLDC-Konferenz, Paris

Unterredung von Direktor F.R. Staehelin
mit dem Ministerpräsidenten von BENIN
Nicéphore SOGLO (S) am 5. September 1990

1. Ueberblick

S., der gleichentags eine wegen ihrer Luzidität und ihres Engagements am meisten beachteten Reden der Konferenz gehalten hatte, gab einleitend einen Ueberblick der Entwicklung seines Landes seit dessen Loslösung von Ostblock-Mustern und-Einflüssen : Die Umorientierung richtung Demokratie und Marktwirtschaft sei zwar schwungvoll angepackt worden (Befreiung politischer Gefangener, Folterbekämpfung, Gründung zahlreicher neuer und unabhängiger Zeitungen, Verwaltungsreform - inkl. interimistische Uebertragung der korrupten Zollverwaltung an ausländische Prüfungsfirmen -, usw.). Arbeitslust, Geschäftssinn, unternehmerische Risikobereitschaft und weitere Phänomene marktwirtschaftlicher Art bräuchten aber Zeit, um sich zu entfalten. Die Gewinnbesteuerung sei gesenkt worden, und die Importe würden liberalisiert. Die Dialogpartner der Regierung (bisherige Einheitsgewerkschaften, NGO, etc.) müssten z.gr. Teil ebenfalls reformiert bzw. wiederbelebt werden. Der Bankensektor liege am Boden. Die Zahlungsmoral der Bevölkerung müsse wiederhergestellt und frühere Privilegien müssten abgebaut werden. Die "Volksgerichte" würden abgeschafft, die Justiz professionalisiert.

Viel Zeit sei im übrigen, wie stets bei nicht-demokratischen Machtwechseln, mit der Konsolidierung z.G. des neuen, Demokratie-orientierten Regimes verloren gegangen. Die Kohabitation mit dem in seiner Machtfülle stark eingeschränkten Präsidenten funktioniere jetzt jedoch recht gut und dieser respektiere Verfassung und Gesetz. Auch die Verfahren gegen korrupte Würdenträger der alten Ordnung kämen mit entsprechender Rechtshilfe, die von Staaten wie Frankreich, den USA und der Schweiz gewährt würde, allmählich voran.

2. Einzelaspekte

S. zählte eine Anzahl von Problemen auf, die sich Benin in seinen Anpassungsbemühungen stellen und bei deren Lösung teilweise auch schweizerische Hilfe in Frage kommt. Die wichtigsten waren :

- Vorbereitung des 2. Strukturanpassungsprogramms : Die "appraisal mission" steht bevor. IMF und Weltbank sind von Benin laut S. bereits in Washington umfassend ins Bild gesetzt worden und sind sich auch der sozialen Dimensionen des Anpassungsprozesses bewusst. Der zuständige Schweizer Koordinator wird dabei sein. Direktor **Stahelin** erwähnte die schweizerischen Budgetprobleme, versicherte aber, dass unser Hilfsvolumen für die LDCs nicht zu Gunsten der neuen osteuropäischen Empfänger zurückgehen werde.
- Zusätzliches "Notprogramm" : Dieses ist wegen des offensichtlichen, dringenden Nachholbedarfs Benins in vielen Bereichen (z.B. Gesundheit, Bildung, öffentliche Infrastruktur, vor allem auf dem Lande) von grosser Wichtigkeit. Es soll laut S. verhindert werden, dass vorhandenes und sinnvoll einsetzbares Geld wegen der zeitraubenden Komplexität der Einleitung von Strukturanpassungsprogrammen anderswohin abwandert. Es ist etwa an rasche und intensive, aber unbürokratische Arbeitsbeschaffungsprogramme zu denken (Vorbild Bolivien). Direktor **Stahelin** erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Genügen der Koordination unter der Regie des Empfängerlandes, die unter einer zu starken Bilateralisierung der Aktionen leiden könnte und deshalb auch hier der Weltbank eine zentrale Rolle sichern müsse. Man sollte im Interesse der "recipient owned reform" auch den Dialog mit den inländischen NGOs suchen, um einen Basis-orientierten Konsens zu finden. S. zeigte sich für diese Ueberlegungen offen. Die eingeleitete Entideologisierung scheint ihm eine gute Voraussetzung, um diesen Wiederaufbau des "politischen Gewebes" des Landes an die Hand zu nehmen.
- Schweizerisches Hilfspotential : Herr V.-D. Giovannini erwähnte als eine Möglichkeit im Gesundheitssektor den Aufbau einer medizinischen Einkaufs- und Verteilorganisation und die Lieferung von Basismedikamenten.
- Weitere Hilfsbedürfnisse : S. erwähnte als erfolgversprechende Gebiete namentlich die Förderung des Tourismus und des Handelssektors (neben der

erwähnten Reform der Zollverwaltung : Massnahmen und "incentives" zur Unterbindung des Schmuggels über die Grenzen nach Nigeria und Togo und Aufbau von legalen Exportkapazitäten, besonders im Nahrungsmittelbereich); ferner braucht Benin Hilfe bei der Finanzierung der grossen Abfindungszahlungen, die es über mehrere Jahre an entlassene Beamte ausrichten muss.



(A. Thalman)